

Europa braucht Einwanderung Die EU-Migrationspolitik neu denken

16-149

Leben retten!

Gran Canaria, Teneriffa, Sizilien, Malta – Sonne, Strand, Meer, Palmen. Wer denkt bei den beliebten Urlaubszielen in Atlantik und Mittelmeer schon an die Tragödien, die sich dort abspielen? Tausende Menschen kommen jedes Jahr bei dem Versuch ums Leben, in einfachen Booten von Afrika aus die europäischen Küsten zu erreichen. Diejenigen, die es schaffen, haben tagelang eng zusammengepfercht in offenen Booten gegessen, ohne ausreichend Essen und Trinken.

Schlepper haben den Bootsflüchtlingen die Plätze in den überfüllten Nusschalen teuer verkauft. Die meisten Flüchtlinge wissen, dass ihnen die Überfahrt den Tod bringen kann. Dennoch sind sie aus Verzweiflung bereit, dieses Risiko einzugehen. Viele hoffen auf Arbeit im reichen Europa und dass sie so ihre Familien unterstützen können. Andere werden verfolgt und hoffen auf Asyl.

Egal, ob an ihren östlichen Außengrenzen oder auf Malta, die Europäische Union setzt fast ausschließlich auf Abschottung. Sie tut nicht genug, um das Leben der Flüchtlinge zu retten und die Fluchtursachen zu beseitigen. Diese Politik ist unmenschlich.

Menschenrechte einhalten – Flüchtlinge schützen!

Bei der sogenannten Bekämpfung der illegalen Migration kommt es immer wieder zu schweren Menschenrechtsverletzungen an den Außengrenzen der EU. Die Europäische Union hat sich auf dem Gipfel der EU-Innen- und Justizminister 1999 in Tampere zum umfassenden, uneingeschränkten Flüchtlingsschutz bekannt (Bekennnis zur Genfer Flüchtlingskonvention). Dazu gehört auch, dass diejenigen, die Schutz benötigen, auch tatsächlich Zugang zur EU erhalten. Die EU-Staaten müssen dies sicherstellen.

Auch im Seerecht gibt es Regelungslücken, die schnellstmöglich beseitigt werden müssen. Es darf bspw. nicht sein, dass Kapitäne, die Schiffbrüchige retten und an Land bringen, wegen Beihilfe zur illegalen Einreise bestraft werden.

Die Agentur FRONTEX, die derzeit den Grenzschutz der EU koordiniert, arbeitet völlig intransparent und unkontrolliert. Das ist nicht hinnehmbar. Der EU-Grenzschutz muss vergemeinschaftet werden. Und er muss transparent und unter parlamentarischer Kontrolle arbeiten.

Verantwortung teilen!

Manche Mitgliedsstaaten der EU an den südlichen und östlichen Außengrenzen, bspw. Malta, sind mit den hohen Flüchtlingszahlen überfordert. Länder wie Deutschland weigern sich aber, an einer solidarischen Verteilung von Flüchtlingen in der EU mitzuwirken. Wir wollen, dass endlich alle EU-Mitgliedstaaten gemeinsam Verantwortung für die Flüchtlinge und deren Aufnahme übernehmen. Die Mitgliedstaaten müssen konkrete Vereinbarungen treffen, die eine bessere Aufteilung der finanziellen Kosten gewährleisten. Deutschland muss hierbei endlich seine Blockadehaltung aufgeben.

Die EU muss aber auch Verantwortung für diejenigen übernehmen, die es nicht bis an ihre Grenze schaffen und unter erbärmlichen Bedingungen in Transitländern leben. Die EU-Mitgliedstaaten müssen auch aktiv Flüchtlinge aufnehmen. Das sogenannte Resettlement-Verfahren ermöglicht die Neuansiedlung von Flüchtlingen in einem Aufnahmestaat und ist daher ein Weg, Schutzbedürftigen den lebensgefährlichen Fluchtweg und das jahrelange Leben in Flüchtlingslagern zu ersparen.

Fluchtursachen bekämpfen!

Viele fliehen vor Katastrophen, aus Furcht, Not oder Verzweiflung. Gründe dafür, aus der Heimat zu fliehen, gibt es immer mehr. Klimawandel und Globalisierung werden die Lebensperspektiven in vielen Regionen der Welt deutlich verschlechtern. Die reichen Länder der Erde schotten sich und ihre Märkte ab. Der Herausforderung „Migration“ stellen sie sich bislang nicht.

Die EU braucht ein Gesamtkonzept, in dem neben der Migrationspolitik auch die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechtsbildung sowie die Entwicklungszusammenarbeit, eine faire Handels- und Agrarpolitik und ein nachhaltiger internationaler Umweltschutz zusammen gedacht werden. Entwick-

lungshilfe muss an die Einhaltung von Menschenrechten und guter Regierungsführung gebunden werden. Ihre Kopplung an die Einhaltung von Rückführungsabkommen lehnen wir ab. Denn Fluchtursachen können nur in Zusammenarbeit und auf Augenhöhe wirksam bekämpft werden.

Europa braucht Einwanderung!

Die Zahl Erwerbsfähiger nimmt in der EU seit Jahren drastisch ab. Eine gesteuerte, legale Einwanderung ist einer der Wege, um effektiv und zukunftsorientiert auf die Konsequenzen des demografischen Wandels und den drohenden Mangel an Arbeitskräften zu reagieren.

Bislang gibt es aber kaum legale Wege zur Einwanderung in die EU. Hier muss Europa endlich umdenken und adäquate Möglichkeiten gesteuerter, am Bedarf orientierter legaler Arbeitskräfteeinwanderung – nicht nur für Höchstqualifizierte – schaffen. Die integrationspolitischen Fehler der „Gastarbeiterpolitik“ gilt es dabei zu vermeiden. Die bisherigen Vorschläge der EU-Kommission zur sogenannten temporären und zirkulären Migration sowie zur Blue-Card (EU-Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis für hochqualifizierte Fachkräfte) greifen zu kurz.

Die Migrationspolitik der meisten Mitgliedstaaten, allen voran Deutschlands, setzt nicht auf flexible Modelle der Einwanderung. Sie ist weder an den Rechten von Migrantinnen und Migranten noch an den Bedürfnissen der nationalen Arbeitsmärkte orientiert. Stattdessen einigten sich die nationalen Regierungen im Juni 2008 auf eine vereinfachte Abschiebep Praxis und wollen eine noch restriktivere Einwanderungspolitik. Der unter der französischen EU-Ratspräsidentschaft diskutierte „Einwanderungspakt“ zeigt dies deutlich. Mit ihm sollen die Grenzen der EU dichter gemacht und der Schutz von Flüchtlingen aufgeweicht werden. Diese Pläne gehen völlig an der Realität vorbei, sind populistisch und kurzsichtig.

Jetzt handeln!

Die EU und die Bundesregierung müssen jetzt handeln, um Flüchtlinge zu schützen und die Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen. Wir fordern:

legale und dauerhaft angelegte Wege für die Einwanderung in die EU; zudem muss die sogenannte Pendelmigration durch aufenthaltsrechtliche Verbesserungen erleichtert werden;
das Personal im europäischen Grenzschutz verstärkt in menschen- und flüchtlingsrechtlichen Fragen auszubilden; der Grenzschutz muss transparenter arbeiten und unter parlamentarische Kontrolle gestellt werden;
die Seenotrettungsdienste der EU-Mitgliedsländer besser finanziell auszustatten und zu vernetzen;
ein stimmiges Gesamtkonzept der EU, mit dem Fluchtursachen entgegengewirkt und gleichzeitig das Abwandern von qualifizierten Kräften aus Entwicklungsländern verhindert wird.

Noch Fragen?

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, Omid Nouripour MdB, Politische Koordinatorin Arbeitskreis 4: Internationales und Menschenrechte, 11011 Berlin, T. 030/227 56789, F. 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de

Bundestagsdrucksachen:

16/3541 Für humanitäre, kohärente und nachhaltige europäische Flüchtlingspolitik (Antrag)